



Ausschuss für Kommunalpolitik

24. Sitzung (öffentlich)

7. Juni 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:15 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
Ohne Änderungen bestätigt der Ausschuss die Tagesordnung gemäß Einladung E 16/339 – zweiter Neudruck.	
Aktuelle Viertelstunde	8
Auswirkungen der Ergebnisse des Zensus 2011 für die Kommunalfinanzierung in NRW	
Auf Antrag der Fraktion der CDU	
– Stellungnahme durch StS Dr. Ulrich Krüger (MIK)	8
– Diskussion	9

1 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/120

Ausschussprotokoll 16/154

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Änderungsantrag der PIRATEN – siehe Drucksache 16/3207, Seite 4 – wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, CDU und FDP gegen die Stimmen der PIRATEN abgelehnt.

Sodann wird der Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN ebenfalls mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, CDU und FDP gegen die Stimmen der PIRATEN abgelehnt.

2 Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Nörvenich (Fluglärmschutzverordnung Nörvenich – FluLärmNörvV) 18

Vorlage 16/875

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Nörvenich (Fluglärmschutzverordnung Nörvenich FluLärmNörvV)

Vorlage 16/878 zur Vorlage 16/875

Der Ausschuss stimmt ohne Aussprache der Vorlage 16/875 einstimmig und ohne Gegenstimmen zu.

3 Nordrhein-Westfalen darf nicht Hort der Geldwäsche werden – Kommunen dürfen mit der Kontrolle des Geldwäschegesetzes nicht überfordert werden 19

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2633

Der Ausschuss kommt überein, in einem Obleutegespräch am Rande des Juni-Plenums das weitere Vorgehen zu dem Thema zu erörtern. Der Tagesordnungspunkt soll im Herbst erneut auf die Tagesordnung kommen.

4 Kommunen fair behandeln – NRW braucht eine verlässliche und transparente Informationsgrundlage zum kommunalen Finanzbedarf 21

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2883

In Verbindung mit:

Auswirkungen des Urteils des Hessischen Staatsgerichtshofs vom 21.05.2013 auf die Notwendigkeit zur Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs in Nordrhein-Westfalen

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/913

Der Ausschuss kommt nach kurzer Verständigung überein, das weitere Verfahren bezüglich der von der Fraktion der FDP beantragten Anhörung zum oben genannten Antrag in einem Obleutegespräch zu erörtern.

5 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2722

Der Ausschuss kommt überein, am 05.07.2013 ein Expertengespräch zu dem Thema durchzuführen. In einer Obleuterunde soll noch erörtert werden, wann das Expertengespräch ausgewertet werde.

6 Aktueller Sachstand: Auswirkungen des Stärkungspaktgesetzes auf die Stadt Nideggen 23

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/914

Der Ausschuss will die Beratung des Themas nach der Sommerpause fortsetzen.

7 Begrenzung der Kreisumlage – Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Januar 2013 25

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/695

in Verbindung mit:

Darf das Land den Kreisen die Höhe der Kreisumlage diktieren? – Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 14.02.2013

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/694

Vorlage 16/881

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

8 Gesetzentwurf zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2880

Der Ausschuss kommt auf Antrag der SPD überein, sich an der vom federführenden HFA geplanten Anhörung von Sachverständigen pflichtig zu beteiligen und die abschließende Beratung zusammen mit dem HFA durchzuführen; eine entsprechende Mitteilung ergeht an den HFA.

9 Gesetz zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2723

Der Ausschuss kommt auf Antrag der SPD überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen und die abschließende Beratung zusammen mit dem HFA durchzuführen; eine entsprechende Mitteilung ergeht an den HFA.

10 Gesetz zur Änderung des Bestattungswesens 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2723

Der Ausschuss kommt auf Antrag der SPD überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen; eine entsprechende Mitteilung ergeht an den AGS.

11 Gesetz zur Entpolitisierung der Polizei 29

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2336

Der Ausschuss kommt überein, sich an dem geplanten Sachverständigengespräch des federführenden Innenausschuss nachrichtlich zu beteiligen. Ein Termin dafür steht noch nicht fest.

12 NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm „Beute zurück“ starten! 30

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2621

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen. Einzelheiten werden noch zeitnah vereinbart.

13	Verschiedenes	31
	13.1 Gesetz zur Einführung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung (Normenkontrollgesetz)	31
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2287	
	13.2 Fahrplanbreitbandausbau für Nordrhein-Westfalen	31
	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/2280	
	Nächste Sitzungen	31
	13.06.2013 (Anhörung, Pflichtsitzung) 26.06.2013 (Anhörung, Pflichtsitzung) 03.07.2013 (Anhörung, Pflichtsitzung) 05.07.2013 (Beratungssitzung)	
	(Die Anhörungen finden im Rahmen von Pflichtsitzungen statt.)	

9 Gesetz zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2723

Vorsitzender Christian Dahm leitet ein, der Gesetzentwurf sei durch das Plenum an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den AKo zur Mitberatung überwiesen worden. Der federführende HFA habe mitgeteilt, dass er am 25. Juni 2013, 13 Uhr, eine Anhörung von Sachverständigen durchführen wolle. Die abschließende Beratung im federführenden Ausschuss sei für den 4. Juli 2013 geplant; auch dazu werde der AKo zusammen mit dem HFA abschließend beraten.

Der Ausschuss kommt auf Antrag der SPD überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen und die abschließende Beratung zusammen mit dem HFA durchzuführen; eine entsprechende Mitteilung ergeht an den HFA.

